

Im Rahmen der Reihe

GENIAL DAGEGEN

von und mit Robert Misik

lädt das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog zum Vortrag von

Heiner Flassbeck

UNCTAD, Direktor Division on Globalization and Development Strategies

GESCHEITERT.

Wie uns der Marktfundamentalismus eine Weltwirtschaftskrise einbrockte

Montag | 22. Juni 2009 | 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15 | 1190 Wien

HEINER FLASSBECK, UNCTAD, Director, Division on Globalization and Development Strategies

Geboren 12.12.1950 in Birkenfeld/Nahe. Oktober 1971 - April 1976 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes. Schwerpunkte: Geld- und Kredit, Konjunkturtheorie, Wissenschaftstheorie. Assistententätigkeit im WS 1975/76 am Lehrstuhl von Prof. Stützel mit Schwerpunkt Währungsfragen. Abschluss zum Diplom-Volkswirt. Mai 1976 - April 1980 Mitarbeiter im Stab des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden. Hauptarbeitsgebiete: Außenwirtschaft, Weltkonjunktur, Geld und Kredit. Mai 1980 - Januar 1986 Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn, Mai 1980 bis April 1984 im Referat für Grundsatzfragen deutscher und europäischer Wirtschaftspolitik mit Hauptarbeitsgebiet "europäische Wirtschaftspolitik", Mai 1984 bis Januar 1985 Auslandsaufenthalt bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den internationalen Organisationen in Genf (Schwerpunkt: GATT), Februar 1985 bis Januar 1986 im Referat für Grundsatzfragen der Mittelstandspolitik, Februar 1986 bis Februar 1990 beurlaubt vom BMWi zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, für wissenschaftliche Arbeiten mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt konjunkturell (vierteljährliche Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung), Arbeitsmarkttheorie, Konjunkturanalyse und Prognose (Mitarbeit an den Gemeinschaftsdiagnosen der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute), wirtschaftspolitische Konzeption, Schockanalyse (Gutachten für das BMWi). Juli 1987 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Freien Universität, Berlin mit dem Thema: *Preise, Zins und Wechselkurs - Zur Theorie der offenen Volkswirtschaft bei flexiblen Wechselkursen*. WS 1986/87 - SS 1988 Lehrauftrag an der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin (Wirtschaftspolitische Ziele und Strategien), Februar 1990 – September 1998 Leiter der Abteilung Konjunktur im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, verantwortlich u.a. für die Gemeinschaftsdiagnose der Institute; November 1993 – Dezember 1999 Beratung der Regierung von Kasachstan in Transformationsfragen; Mai 1996 – September 1996 Visiting Fellow am MIT, Cambridge, Massachusetts; Oktober 1998 – April 1999 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Bonn, Schwerpunkte: Internationale Finanz- und Währungsfragen, Europapolitik; Mai 1999 – Oktober 2000 freier Wirtschaftsforscher und Publizist, November 2000 - Dezember 2002 Senior Economist bei der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) in Genf seit Januar 2003 Chief, Macroeconomics and Development Policies Branch bei der UNCTAD in Genf, seit August 2003 Director, Division on Globalization and Development Strategies. März 2005 Ernennung zum Honorarprofessor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik.

Robert Misik: geboren 1966, Journalist, Essayist, Sachbuchautor, lebt in Wien. Er war Redakteur der *Arbeiterzeitung*, später des *profil*. Seit 2002 arbeitet er als freier Autor u.a. für *Falter*, *profil*, *Standard* und die *Berliner tageszeitung*. In den Jahren 1989 und 2000 erhielt er den Förderpreis des Bruno Kreisky Preises für das politische Buch. Jüngste Buchveröffentlichungen: *Das Kultbuch. Glanz und Elend der Kommerzkultur* (Aufbau-Verlag, 2007), *Gott behüte! Warum wir die Religion aus der Politik heraushalten müssen* (Ueberreuter, 2008).

Gescheitert Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert. März 2009, 224 Seiten Gebunden € 19,95 [D], € 20,60 [A], sFr 35,90 ISBN: 9783938060223, Westend Verlag

Die Veranstaltung - in Partnerschaft mit der Stadtzeitung *FALTER* - ist gefördert aus Mitteln der Republik Österreich und der Stadt Wien.

Robert Misik:

Guten Abend meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich muss schon fast sagen, liebe Stammgäste, herzlich willkommen zu diesem Abend. Ich könnte jetzt sagen, die Zeit vergeht und ein kluger Mann, oder eine kluge Frau hat gesagt einmal, und das ist noch das Beste, was sie tun kann. Wir stehen, apropos Zeit vergeht, mittlerweile im dritten Jahr dieser Veranstaltungsreihe. Am Ausgangspunkt unseres Unternehmens stand die Frage, wie sich die westlichen Gesellschaften und besonders die

westeuropäischen Sozialstaaten verändern, welche Herausforderungen für linke Politik das in sich birgt, oder simpler gesagt, wir wollten auch hier einfach eine Vielzahl dissidenter Stimmen zu den herrschenden Mainstream-Diskursen präsentieren. Und zwar thematisch durchaus in ausufernder Breite. Ich erinnere nur an einige Denker und Denkerinnen und Praktikerinnen und Praktiker, die hier zu Gast waren : den Kulturoziologen Wolfgang Engler, Guillaume Paoli von den glücklichen Arbeitslosen in Berlin, Andrea Nahles von der SPD, Katja Kipping von der deutschen Linkspartei, Eve Chiapello und Robert Castel aus Paris, den Wohlfahrtsstaat-Theoretiker Gösta-Esping-Anderson, Kurt Rothschild, den Doyen der österreichischen Nationalökonomie, Benjamin Barber, Richard Sennett, Eva Illouz und einige mehr.

Aber, bei aller Stringenz des Programms, muss man auch sagen, der Herbst 2008 teilt auch unser Programm in ein Davor und ein Danach. Der Herzinfarkt der internationalen Finanzmärkte im September des Vorjahres und alles, was seither daraus folgt, Krise und Krisenbewusstsein, taucht auch unsere Thematik in ein neues Licht. Vorher diskutierten wir grosso modo die sozialökonomischen und kulturellen Veränderungen, die der zeitgenössische Kapitalismus unter den Bedingungen einer neoliberalen Dominanz provoziert. Jetzt sind wir mit einer fundamentalen Krise konfrontiert und dem unübersehbaren Debakel der marktfundamentalistischen Ideologie. Deswegen haben wir auch, sehr kurzfristig, Heiner Flassbeck eingeladen, und es freut mich sehr, dass er es kurz entschlossen geschafft hat, noch vor dem Sommer nach Wien zu kommen, das passiert selten, dass man jemanden im Mai einlädt und er ist im Juni da. Herr Flassbeck, herzlich willkommen im Kreisky Forum!

Heiner Flassbeck ist, etwas salopp gesprochen, so etwas wie einer der einflussreichsten deutschen Keynesianer, als solchen habe ich ihn schon vor 15 Jahren kennengelernt Er war damals führender Konjunkturforscher, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, und ich bin zu ihm in den Grunewald gefahren, in sein Büro und habe ihn dort interviewt für's *Profil*. Immer wieder fiel er mit abweichenden Meinungen zur herrschenden marktliberalen Meinungsmacht auf. Ende der Neunzigerjahre wechselte er dann kurzfristig in die Politik. Er war Staatssekretär, Finanzstaatssekretär im Finanzministerium unter Oskar Lafontaine Heute ist Heiner Flassbeck Chefökonom bei der UNCTAD in Genf. Gerade eben hat er ein sehr aktuelles und mit viel Verve geschriebenes Buch herausgebracht, das ich übrigens auf einer Reise durch Deutschland buchstäblich in einem Zug verschlungen habe: *Gescheitert. Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert*. Ich kann Ihnen dieses Buch nur wärmstens ans Herz legen. In ihm zeigt Heiner Flassbeck, was falsch gelaufen ist in den letzten zehn, fünfzehn Jahren in Deutschland, aber nicht nur in Deutschland. Ich darf Ihnen auch jetzt schon sagen, am Ende unserer Veranstaltung wird Heiner Flassbeck das Buch auch signieren! Seine wesentlichen Argumente wird er uns schon vorher präsentieren, Heiner Flassbeck, das Podium gehört Ihnen.

Heiner Flassbeck:

Guten Abend meine Damen und Herren, ich bin froh, auf einen Kurztrip nach Wien zu kommen. Ja, in der Tat will ich heute Abend ein bisschen mit Ihnen diskutieren, deswegen werde ich nicht so lange sprechen. Ich werde ein paar Thesen vorstellen, die zentral sind, sowohl für das Verständnis dessen, was heute in der Welt passiert, als auch zu erklären versuchen, warum ich dieses Buch geschrieben habe und warum das Buch so heißt, wie es heißt, nämlich *Gescheitert Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert*. Das ist durchaus doppeldeutig gemeint. Es ist die Kapitulation, in der Tat, der Politik, vor der Aufgabe, die Wirtschaft vernünftig zu steuern, das wir heute wieder sehen, und das ist in der Tat die Kapitulation der Politiker vor den Unternehmern, die vielfältig dazu beiträgt, dass die Politik als solche vor der Wirtschaft, an der Wirtschaft scheitert. Und, wenn ich das persönlich einfach nochmal anmerken darf, so beginnt auch das Buch, ich habe das 30 Jahre lang genau verfolgt. Ich bin eingestiegen in meine berufliche Laufbahn sozusagen nach einer Assistentenzeit, die ich beim Deutschen Sachverständigenrat verbracht habe, dann Ende der 70er Jahre bin ich ins Bundeswirtschaftsministerium gegangen und bin dann von dort in das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, später wieder in das Finanzministerium, und dann, in eine internationale Organisation gegangen. Und ich glaube, ich bin wahrscheinlich der einzige Mensch, in Deutschland jedenfalls, der alle wichtigen wirtschaftspolitischen Institutionen auch von innen kennt und gleichzeitig wirtschaftspolitische Beratung, Beratung in allen wichtigen wirtschaftspolitischen,

wissenschaftlichen Institutionen gemacht hat. Ich war im Stab des Sachverständigenrates, ich habe selbst diese Gemeinschaftsdiagnose der Institute gemacht, die wir in Deutschland haben, und ich war lange Zeit vom Wirtschaftsministerium aus bei den Sitzungen des wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsministeriums dabei. Insofern ist also diese Wanderung zwischen der Politik und der Wissenschaft sozusagen prägend, für das, was ich getan habe. Und was übrig bleibt, ist in der Tat eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Lösungsmöglichkeiten, die unsere Politik heute noch bietet.

Und das hat einen ganz zentralen Grund, den ich vielleicht vorwegstellen will, bevor ich einige Beispiele gebe. Das hat den zentralen Grund, dass wir in der Tat heute gesamtwirtschaftliches Denken, das Denken, was man mit dem Namen Keynes oder Kaletzky oder anderen Ökonomen, auch Schumpeter, verbindet, dass dieses Denken seit 30, 40 Jahren praktisch vollkommen verschwunden ist. Es ist mit dem Ende des Keynesianismus, das man am Ende der 70er Jahre ansiedeln kann, man sagt ja, der Keynesianismus sei an den Ölkrisen gescheitert, an den Ölpreisexplosionen gescheitert, die zu Stagflation geführt hätten, zu Stagnation und Inflation. Danach ist aber nicht nur der Keynesianismus abgeschaltet worden, sondern ist das gesamtwirtschaftliche Denken vollständig abgeschaltet worden, was ja gar nicht notwendig ein Bestandteil des Keynesianismus, oder nicht unbedingt der Keynesianismus gesamtwirtschaftliches Denken ist, sondern man könnte ja auch denken, dass die Menschen, selbst, wenn sie keinen Keynesianismus mehr wollen, sich überlegen, dass das, was ein Einzelner tut, vielleicht nicht genau das Gleiche ist, wie das, was alle tun. Und das berühmte Beispiel von John Robinson, wenn Sie jetzt alle aufstehen und mir alle im Stehen zuschauen, dann verbessern Sie Ihre Sicht nicht. Wenn das ein Einzelner tut, kann er seine Sicht offensichtlich verbessern, oder vielleicht auch sogar noch besser hören, was ich tue. Dieses simple Paradox, dass das, was der Einzelne tut, nicht genau das gleiche Ergebnis hat, wenn es die Gesamtheit tut, hat eigentlich mit Keynesianismus oder mit Kaletzky - da vorne sitzt Professor Laski, deswegen zeig ich immer auf ihn, der Schüler von Kaletzky - überhaupt nichts zu tun. Und das haben wir auch in den Orkus geschmissen mit dem Ende des Keynesianismus. Warum? Warum schmeißt man einfach logisches Denken in den Orkus, nur weil man eine bestimmte wirtschaftliche Theorie ablegen will? Dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Dafür gibt es nur den einzigen Grund, dass der das Denken der Ökonomen immer systematisch blockiert, nämlich weil Keynesianismus mit Staat zu tun hat und die neue Lehre mit Markt zu tun hat, deswegen musste man mit dem Keynesianismus auch alles auskehren aus dem Denken, auch die Logik auskehren, damit man bloß nicht an irgendwelchen Resten dieser alten, überkommenen Ideologie noch hängenbleibt oder daran am Ende aufgehängt oder fertiggemacht wird. Das ist das Verrückte, was diese letzten 30 Jahre kennzeichnen, wogegen ich wie Don Quichotte in der Tat seit 30 Jahren ankämpfe. Nun würde man sagen, jetzt ist aber die große Chance, ja, jetzt ist eine kleine Chance. Aber sie ist wirklich sehr klein und sie ist auch nur das *window of opportunity*, wie man im Englischen sagt, ist nur ganz kurze Zeit offen, vermutlich. Wir werden sehen.

Aber darüber will ich nicht im Einzelnen sprechen, ich will sprechen über das Scheitern, aber das will ich vielleicht noch dazusagen, das Scheitern ist ja, was man in dieser Krise sieht, diesmal nicht den Linken und den Gegnern des Marktes zuzurechnen, sondern diesmal war es 30 Jahre *friendly fire*. Ja, es war *friendly fire*, das das System zum Kollaps gebracht hat. Oder nah an den Kollaps. Wir waren es nicht, sozusagen, nicht die bösen Keynesianer, die Kaletzkyaner, alle die waren es nicht, sondern es waren die anderen, die, die vor 30 Jahren gesagt haben: „Jetzt endlich schaffen wir die richtige Marktmarktwirtschaft, die 100%ig funktionierende Marktmarktwirtschaft“, die haben das System an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Und warum ist das der Fall? Weil man die Logik nicht überlisten kann. Die Logik setzt sich am Ende immer wieder durch. Und ich habe das Gleiche, genau diesen Satz *Die Logik setzt sich am Ende immer wieder durch*, vor ungefähr 10 Jahren in München gesagt, vor einer relativ großen Veranstaltung. Ich habe gesagt: „Am Ende werden sie scheitern müssen mit ihrer Politik, warum? Weil sie gegen die Logik verstoßen, man kann nicht dauernd gegen die Logik verstoßen, ohne gegen die Wand zu fahren.“ Und die Leute waren empört und haben gesagt: „Nein, wie kann er sowas sagen, die Marktwirtschaft wird jetzt immer so weiterfahren, und die Freunde der Marktwirtschaft sind nicht mehr zu besiegen!“ Doch, sie waren zu besiegen, sie waren zwar die Freunde der Marktwirtschaft, aber sie haben die Marktwirtschaft nicht verstanden. Das ist das Zentrale. Sie haben sie nicht verstanden. Und ich bin gar nicht gegen Marktwirtschaft, ich bin überhaupt nicht gegen Marktwirtschaft, aber wir müssen beginnen, sie zu

verstehen, wir müssen beginnen, sie zu begreifen. Was ist das, was da passiert? Und wenn wir versuchen, es zu begreifen, wenn wir beginnen, uns damit intensiv auseinanderzusetzen, dann können wir die Logik des Gesamtwirtschaftlichen nicht einfach ausschalten zu Gunsten der Logik des Einzelwirtschaftlichen. Das ist grandioser Unsinn, und das will ich in einigen Beispielen noch einmal belegen.

Einer der schönsten Sätze, der in der letzten Jahren hochgekommen ist in Deutschland, das gibt es, glaube ich, auch in Österreich in dieser Form, ist der Satz: *Sozial ist, was Arbeit schafft*. Das ist sozusagen der Satz, der die entscheidende Waffe gegen die Sozialdemokraten war, gegen die letzten Sozialdemokraten, die es auf dieser Welt noch gibt, die wurden mit dieser Waffe vernichtend geschlagen. *Sozial ist, was Arbeit schafft*. Ist doch richtig, oder? Ist vollkommen richtig, der Satz, klar, der Satz ist vollkommen richtig. Wenn 100.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, dann ist das natürlich sozialer, als alles Sozialgefummel, das wir sonst noch anstellen können. Dann ist das natürlich sozial. Und wenn eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden, kann man mit keiner sozialpolitischen Maßnahme dieser Welt das schlagen, diese Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen als soziale Maßnahme.

Der Satz ist richtig: *Sozial ist, was Arbeit schafft*. Nur, er bedeutet eben nicht, dass man daraus folgern kann, dass nur Arbeit schafft, was das Soziale abbaut, der Abbau des Sozialen schafft Arbeitsplätze, das ist nämlich das, was hinter diesem Satz stand. Und dieser Satz wurde von Sozialdemokraten begeistert aufgegriffen, Herr Clement, mit dem hab ich grade vor 14 Tagen noch in Berlin diskutiert, der hatte diesen Satz begeistert aufgegriffen und hat gesagt, natürlich, *sozial ist, was Arbeit schafft*, und wir als gute Sozialdemokraten müssen doch alles tun, was Arbeit schafft. Und deswegen hat, als die Agenda 2010 herauskam, von Herrn Schröder in die Welt gesetzt wurde - übrigens eine reine Arbeitgeberagenda, die wurde geschrieben vom Sachverständigenrat in Deutschland, den fünf Weisen, und man kennt diese Leute, die reine neoklassische Ökonomen sind, die nichts anderes im Sinn hatten, als eine Arbeitgeberagenda zu schreiben, aus ihrer Sicht verständlich - und die hat Herr Schröder übernommen. Dann kam die interessante Geschichte, dann gingen tatsächlich ein paar Sozialdemokraten auf die Barrikaden in Deutschland, haben gegen Hartz IV protestiert, und dann kam das Willy-Brandt-Haus - dazu gibt es ein Kapitel in diesem Buch, das heißt *In Willys Namen* - dann schrieb das Willy-Brandt-Haus einen Brandt-Brief sozusagen an alle Unterorganisationen der Partei und sagte: "So, wir wollen euch jetzt erklären, warum das so ist, warum das Soziale Arbeit schafft." Was kam da raus, warum schafft das Soziale Arbeit? Nun, aus dem einfachen Grunde, weil der Arbeitsmarkt funktioniert wie ein Kartoffelmarkt, wie jeder andere Markt. Und wenn man Arbeit schaffen will, müssen die Löhne sinken. Das stand ganz explizit in einem Schreiben des Willy-Brandt-Hauses an die Parteiuntergliederungen: „Wir folgen der neoklassischen Lehre, wir sind 100%ig überzeugt von der neoklassischen Lehre, dass man nur Arbeit dadurch schaffen kann, dass man die Löhne senkt.“ Da fragt man sich, warum man noch Sozialdemokrat werden sollte. Wenn das das Naturgesetz ist, gut, dann kann man sagen, gegen Naturgesetze kann man nichts machen. Aber es gibt immerhin 60, 70 Jahre, und von Herrn Kaletzky besser als irgendjemand anderem beschrieben, ganz klare und stringente Argumente, die zeigen, dass das falsch ist, dass dieser Satz falsch ist, dass Lohnsenkung eben *nicht* mehr Arbeit schafft. Lohnsenkung schafft nicht mehr Arbeit.

Und deswegen ist es am Ende genau umgekehrt: Der Satz muss umgekehrt heißen, und Sozialdemokraten, die sich ernst nehmen, müssten ihn umdrehen, und sagen: „*Was sozial ist, schafft Arbeit*.“ *Was sozial ist, schafft Arbeit*. Und was ist sozial? Das Minimum des Sozialen ist, dass alle Menschen an der Gesellschaft, am gesellschaftlichen Fortschritt teilhaben. Und das ist nicht eine soziale Forderung, die muss man nicht erheben, weil man sozial sein will, sondern die muss man erheben, weil man wirtschaftlich nur so erfolgreich sein kann. Man kann nur erfolgreich sein, und ich werde es gleich nochmal belegen, wenn man für Teilhabe sorgt. Ich habe heute Mittag mit Herrn Laski diskutiert, dass in den USA die mittleren Einkommen seit 30 Jahren, seit 20 Jahren mindestens, nicht mehr teilhaben am Produktivitätsfortschritt. In Deutschland haben seit 15 Jahren die Arbeitnehmer nicht nur nicht teilgenommen, sie sind weit, weit zurückgeblieben, weiter, als jemals zuvor. Und war das erfolgreich? Es war nur erfolgreich im ganz primitiven Sinne, nämlich in dem Sinne, dass wir andere Länder an die Wand gefahren haben, an die Wand gedrängt haben, dass wir andere Länder im Wettkampf der Nationen, auf den ich nachher noch eingehen werde, besiegt haben, nur dem Sinne war es erfolgreich.

Intern, für unsere wirtschaftliche Entwicklung, auch für die Unternehmer, war das überhaupt nicht erfolgreich. Und warum war es nicht erfolgreich? Und warum ist es niemals erfolgreich? Nun, es ist ganz einfach: Wenn man die Löhne senkt, was passiert dann? Wenn man die Löhne jetzt überall um 10% senkt, was passiert dann? Dann verschwindet auch Nachfrage, 10% Nachfrage. Wenn die Menschen 10% weniger Nominallohn in der Tasche haben, geben sie im gleichen Augenblick sozusagen auch 10% weniger aus, oder 8 oder 9, ist nicht entscheidend. Und dann haben die Unternehmer nämlich im nächsten Augenblick so viel weniger Nachfrage, dass sie niemals mehr Leute einstellen, die ausgleichen, das ausgleichen könnten, den Rückgang der Löhne. Und das ist genau das, was die neoklassische Theorie, was die gesamte neoklassische Beschäftigungstheorie behauptet: Die Löhne sinken, und in der gleichen Sekunde sozusagen steigt die Beschäftigung, und zwar um genau so viel, wie die Löhne sinken. Alles das, was die Sozialdemokraten, was da dieses Willy-Brandt-Haus gesagt hat, baut auf dieser Vorstellung auf, darüber muss man sich im Klaren sein. Die Ökonomie ist nicht nur keine exakte Wissenschaft, die Ökonomie ist überhaupt keine vernünftige Wissenschaft. Warum nicht? Die herrschende Lehre der Ökonomie arbeitet mit Denkmodellen, in die man irgendetwas einbaut, man baut Lohnsenkung in ein neoklassisches Modell ein, und was kommt raus? Oh Wunder, mehr Beschäftigung. Aber das ist schon vorher drin gewesen. Es ist nicht rausgekommen als logische Folge, oder als sinnvolles Ergebnis. Wenn man aber in Sequenzen denkt, wenn man in einer Sequenz denkt, die im wirklichen Leben passieren kann, dann ist es ganz zwingend so, dass Lohnsenkung immer zu einem Nachfrageausfall und am Ende zu weniger Beschäftigung führt, und niemals zu mehr Beschäftigung als vorher und niemals zu einer konstanten Nachfrage. Außer, wie gesagt, auf diesen Fall komme ich noch, man beutet seine Nachbarn aus, das ist die einzige Möglichkeit, mit der man durch Lohnsenkung erfolgreich in gewissen Grenzen sein kann. Und das ist das, was Deutschland in den letzten vier, fünf Jahren gemacht hat, und was einen gewissen, einen extremen Erfolg im Exportsektor gebracht hat, keinen Erfolg im Binnenmarkt und insgesamt einen kleinen Erfolg beim Wachstum und bei der Beschäftigung. Insgesamt ist es niemals durchzuhalten, ist es niemals vernünftig, die Löhne zu senken. Das ist das erste und wichtigste, wo Sozialdemokraten umdenken müssten.

Es gibt eine alternative Theorie. Es gibt eine Theorie, die auch noch überzeugend ist, es gibt eine Theorie, die viel klarer und viel eindeutiger und viel einfacher ist als dieses neoklassische Modellwerkzeug. Und dennoch fallen Sozialdemokraten, europaweit und weltweit, ein weltweites Phänomen, wann immer sie an die Macht kommen, sofort zurück in die herrschende Lehre. Und warum fallen sie sofort zurück in die herrschende Lehre? Auch das ist wieder leicht zu erklären, weil die herrschende Lehre das ist, was Unternehmerdenken repräsentiert. Ich habe es in dem Buch so geschrieben, man stelle sich einen sozialdemokratischen Spitzenpolitiker vor, der auf einer der üblichen Cocktailparties in Berlin einem Topmanager oder einem Topunternehmer aus Deutschland gegenübersteht und dem ins Auge sagt: „Du magst zwar was von Unternehmen verstehen, halte dich aus der Gesamtwirtschaft aber raus, davon verstehst du nichts.“ Das muss man sich einmal vorstellen. Das kann es nicht geben. Das wird es nicht geben und das hat es vielleicht vor 20, 30 Jahren zum letzten Mal gegeben, als Karl Schiller noch Sozialdemokrat war oder vor 40 Jahren.

Das ist aber der entscheidende Punkt, man kann nur sozialdemokratische Politik machen, wenn man sich auch ökonomisch emanzipiert. Man muss sich ökonomisch emanzipieren von der herrschenden Lehre, sonst kann man sozialdemokratische Bekleisterung machen, man kann soziale Mäntelchen über die falsche Politik machen, aber man kann sich niemals lösen, man kann niemals frei werden gegenüber der Unternehmerideologie, die natürlich leichter zu verstehen ist. Unternehmerdenken ist leicht zu verstehen, weil es jedem Menschen unmittelbar nahe liegt. Natürlich, jeder denkt in der Vorstellungswelt eines Haushalts, und das ist auch die Vorstellungswelt eines Unternehmers, aber das bedeutet ja nicht, das bedeutet ja eben nicht, dass das für die Gesamtwirtschaft das Gültige ist. Und wenn man nicht einmal versucht, sich davon zu emanzipieren von dem einzelwirtschaftlichen Denken, dann wird man niemals erfolgreich sein können. Das Zentrale ist also, diesen Satz umzudrehen. *Sozial ist, was Arbeit schafft*, ist falsch, jedenfalls in dem, was gemeint ist. Der Abbau des Sozialen schafft keine Arbeit. Umgekehrt ist der Satz richtig, *was sozial ist, schafft Arbeit*. Wenn alle Menschen teilhaben, wenn alle Menschen die Möglichkeit haben, und ich meine wirklich alle Menschen, nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Angestellten,

ich meine auch die Rentner und auch alle anderen, die vom Staat abhängig sind, wenn sie alle die Chance haben, teilzunehmen an unserem Fortschritt, unabhängig von dem Niveau, mit dem sie gestartet sind - das ist ein weiteres großes Problem, wo der Staat eine große Aufgabe hat - also unabhängig vom Niveau, wo sie gestartet sind, hat jeder das verfluchte Recht und die Möglichkeit und wirtschaftlich ist es sogar zwingend, dass sie teilhaben am Produktivitätsfortschritt. Warum? Weil wir sonst diesen Produktivitätsfortschritt eben nicht in Einkommen übersetzen, und wenn wir ihn nicht in Einkommen übersetzen, dann übersetzen wir ihn in Arbeitslosigkeit. Wir müssen, wir sind gezwungen in einer funktionierenden, sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft, den Produktivitätsfortschritt in Einkommen zu übersetzen. Und das funktioniert nur, wenn wir es tun, über die Beteiligung aller Arbeitnehmer. Und es gibt überhaupt keinen Grund, keinen ökonomischen Grund, dafür zu sagen, die Arbeitnehmer müssen für eine bestimmte Zeit mal zurückstehen und die Unternehmer sollen mal mehr vom Produktivitätsfortschritt kriegen. Das ist genau die Operation, dieses einmalige Großexperiment, das Deutschland 1996 begonnen hat, das lässt sich genau datieren, ein Bündnis für Arbeit, wo die Gewerkschaften übrigens zugestimmt haben Dieses einmalige Großexperiment, das da hieß: Wir reservieren jetzt die Produktivität für die Beschäftigung Das ist wahrscheinlich der dümmste ökonomische Satz, der je gesagt wurde, wurde aber in einem großen Bündnis für Arbeit von allen unterschrieben und hieß natürlich, die Arbeitnehmer kriegen nix, und alles, was rauskommt sozusagen, was aber automatisch rauskommt, nicht, was im Prozess entsteht, sondern das, was wir wissen, was rauskommen muss, das kriegen die Unternehmer.

Und nun, wenn Sie Ökonomen sind, oder die jungen Leute, die Ökonomie studieren, wenn Sie sich die gesamte herrschende Lehre der Ökonomen anschauen, wenn sie nicht behauptet, dass Löhne unmittelbar sich übersetzen in Beschäftigung, dann behaupten sie aber wenigstens, dass sich Lohnverzicht unmittelbar übersetzt in Gewinne. Lohnverzicht übersetzt sich unmittelbar in Gewinne. Das heißt, das ist die Vorstellung, es ist etwas vorhanden. Es ist etwas vorhanden, das wir umverteilen, auch das ist vollkommen falsch. Es ist nichts vorhanden. Für die Zukunft ist nichts vorhanden, es ist alles offen. Die Zukunft ist vollkommen offen. Es ist nichts vorgegeben, das ist keine Planwirtschaft, wir haben keinen Plan, der uns sagt: „In diesem Jahr wird das Bruttosozialprodukt um 2% oder um 3% wachsen.“ Und deswegen, wenn die einen verzichten, wenn eine so große Gruppe wie die Arbeitnehmer verzichtet, dann wird gezwungenermaßen auch das Ergebnis der anderen, die übrig bleiben, die gerne davon profitieren würden, schlechter werden, es verschwindet. Es löst sich auf, es entsteht nichts. Es entsteht nicht, was entstehen könnte. Warum? Weil wir nicht genügend Nachfrage am Markt haben, weil die Unternehmer nicht das Signal bekommen, dass das entstehen könnte, was sie sich vorgestellt haben. Das ist gesamtwirtschaftliches Denken, so funktioniert Gesamtwirtschaft, und nicht danach, wie Klein-Fritzchen das sich denkt, man senkt die Löhne, oder wie das in vielen Unternehmen jetzt in der Krise passiert, , weil die Betriebsräte natürlich beeindruckt sind, weil die Arbeitnehmer natürlich Angst haben um ihren Arbeitsplatz.

Bei Daimler haben sie gerade in Deutschland die Löhne aller nicht von Kurzarbeit betroffenen Angestellten, 70.000 Menschen, um 10% gekürzt! Natürlich haben sie auch die Arbeitszeit gekürzt, aber was heißt das? 300 Millionen will Daimler dadurch einsparen. Nur, wo bleiben die 300 Millionen? Daimler hat sie eingespart, und der Rest der Volkswirtschaft hat nichts damit zu tun? Das ist fundamental falsch. Die 300 Millionen weniger an Verlust, die Daimler vielleicht macht, die haben genau andere Unternehmen mehr als Verlust. Die Unternehmer können ihre Verluste niemals gesamtwirtschaftlich wegrationalisieren. Warum? Weil die Erträge des Einen immer die Kosten des Anderen sind, oder umgekehrt, die Kosten des Einen sind die Erträge des Anderen. Wer Kosten senkt, senkt gleichzeitig den Ertrag eines anderen Unternehmens. Es kann niemals funktionieren. Das einzige, was rauskommt aus dieser Politik, ist Deflation. Deflation und Nachfragesenkung. Wenn man die 300 Millionen, die Daimler jetzt gerade eingespart hat, übersetzt auf die gesamte deutsche Industrie, wenn das die gesamte deutsche Industrie macht, 10% Lohnsenkung und Arbeitszeitverkürzung macht, was kommt dann raus? Nun, dann kommen 37 Milliarden weniger Nachfrage raus, für die gesamte deutsche Wirtschaft. Wenn man das in der Gesamtwirtschaft macht, wenn man das übersetzt auf die gesamte deutsche Wirtschaft, kommen 110 Milliarden zusätzlich weniger heraus. Dann schrumpft die deutsche Wirtschaft nicht um 6%, sondern um 10%. Das ist einzelwirtschaftliche gegen gesamtwirtschaftliche Logik. Aber haben Sie irgendeinen Politiker gehört, der aufgestanden wäre und

gesagt hätte: „Hört auf damit, was ihr da auf der betrieblichen Ebene macht, ist falsch. Warum? Weil ich gesamtwirtschaftliche Einsicht habe.“ Gibt’s in Österreich einen, der das gesagt hat? Gibt’s in Deutschland einen, der das gesagt hat? Nein. Gibt’s auf der EU-Ebene einen, der das gesagt hat? Nein. Es gibt keinen, der das gesagt hat. Vielleicht, weil sie es nicht wissen wollen, aber ich glaube, weil sie es nicht verstehen können. Das ist das eine Beispiel.

Das andere Beispiel hat noch viel mehr mit der Finanzkrise zu tun. Natürlich hat auch diese ungleiche Einkommensverteilung, die sich ergeben hat, dazu geführt, dass manche Leute mehr Geld am Ende hatten, gerade wegen der Exporte, als sie sonst gehabt hätten. Aber ich halte diese Ungleichverteilung nicht für eine zentrale Ursache der Finanzkrise. Die Finanzkrise hat eine andere zentrale Ursache. Und die heißt, dass wir immer noch glauben, dass dann, wenn wir sparen, wir für die Zukunft vorsorgen. Wir sparen, wir legen Geld zurück und sorgen für die Zukunft vor. Das ist die Idee hinter vielen Pensionsfonds, hinter allen Pensionsfonds dieser Welt. Das ist die Idee hinter der deutschen, der grandiosen Reform der deutschen Rentenversicherung, die die Sozialdemokraten durchgeführt haben, das ist die grandiose Idee hinter – ich habe das im Buch beschrieben – hinter so etwas wie dem bayrischen Pensionsfonds, wo nicht mehr die Beamten das gleiche Gehalt wie vorher bekommen, sondern der Staat Geld einspeist in einen Pensionsfonds für die Beamten, damit später die Lasten des Staates geringer werden, das sind alles Vorstellungen, dass, wenn wir sparen, wir automatisch für die Zukunft vorsorgen. Und dann sparen wir und sparen wir und sparen wir und fragen uns am Ende: „Wer hat denn das Geld genommen? Haben wir wirklich gespart?“

Ich glaube, hier liegt das größte Missverständnis: die meisten Menschen, vielleicht so 98, 99%, glauben immer noch, wir sparen wie die Eichhörnchen. Die Eichhörnchen sparen nämlich wirklich. Ich habe in meinem Garten Eichhörnchen, deswegen kann ich das genau beobachten und sagen, behaupten, obwohl ich kein Biologe bin, aber die Eichhörnchen sparen wirklich., Die nehmen nämlich was vom Realen, die nehmen von dem, was sie haben, was sie gesammelt haben und legen es weg für den Winter, aber das ist das Reale. Die legen etwas weg, die haben dann weniger zur Verfügung. Wir sparen aber ganz anders: Wir erwarten ja Erträge von unserem Ersparten. Aber woher kommen die Erträge von dem Ersparten, wenn wir sie einfach nur zur Seite legen? Nein, wir legen sie nicht zur Seite, wir tragen es zur Bank. Was macht aber die Bank damit, zahlt die die Zinsen? Natürlich nicht, weil die Banken keine Zinsen erwirtschaften. Stimmt übrigens, Banken sind unproduktiv, Banken erwirtschaften nichts. Wir sparen also, indem wir das Geld zur Bank tragen, nur was macht die Bank damit? Die Bank hat immer zwei Möglichkeiten, und das wissen wir jetzt nach der Finanzkrise, manche wussten es schon vorher, die meisten wissen es erst jetzt, die Bank hat immer zwei Möglichkeiten.

Die Bank kann das Geld jemandem geben, der das Geld vernünftig anlegt, der irgendetwas damit macht, der sich verschuldet, wenn einer spart, muss sich einer verschulden. Einer muss sich verschulden und das Geld irgendwo anlegen, womöglich so, dass Zinsen rauskommen. Dazu muss er aber es erst produktiv anlegen. Es gibt auch die andere Möglichkeit, dass die Bank das Geld ins Wettbüro trägt. Glauben Sie nicht? Doch, das ist das, was man Investment-Banking nennt. Investment-Banking heißt, die Bank trägt Ihr Geld ins Wettbüro. Und dann kommt am Ende da auch ganz unheimlich viel raus, für alle. Oder vielleicht nicht. Gut, aber wir sparen nicht, wir sind nicht Sparer, sondern wir sind Gläubiger. Das müssten wir begreifen, das wäre der wichtigste Schritt vielleicht zum Begreifen unseres Wirtschaftssystems. Wir sind nicht Sparer, sondern wir sind Gläubiger. Und der Gläubiger braucht einen Schuldner. Und der Schuldner muss ein Schuldner sein, der wirklich etwas produktiv mit dem Geld macht, damit er Zinsen zahlen kann, denn sonst kann er keine Zinsen bezahlen. Nur wenn dieses Geld produktiv angelegt wird, das heißt für alle etwas am Ende rauskommt, dann können Zinsen bezahlt werden. Und was ist das, was muss dann getan werden? Nun, da muss offensichtlich investiert werden, aber in richtiges Kapital muss investiert werden. Da muss investiert werden in Maschinen und Gebäude und Humankapital, dass wir unser Potenzial, Einkommen zu erwirtschaften, vergrößern. Wenn die Bank das Geld, das schöne, ersparte Geld, nur in ein Wettbüro trägt, kommt am Ende nichts heraus. Wettbüros sind unproduktiv. Wettbüros sind Nullsummenspiele. Der eine gewinnt, der andere verliert. Und deswegen ist es ganz einfach so, man muss es so brutal sagen, Versprechen auf Zinsen und Erträge, die auf Wetten basieren, sind Lügen. Nicht - und wichtig ist jetzt- aber

nicht für alle, nicht für jeden, aber für alle. Da kommt wieder der einzelwirtschaftliche und der gesamtwirtschaftliche Aspekt. Einer kann ja Glück haben beim Wetten, na klar, wenn die Bank mein Geld zum Wettbüro trägt, kann ja einer Glück haben, einer ist der Gewinner. Aber zwingend verlieren andere. Und deswegen ist das Versprechen auf Zinsen, das auf Wetten beruht und Wetten waren das meiste dessen, was in der Finanzkrise passiert ist - Lüge. Für alle, für die Gesamtwirtschaft. Und das ist ein absolut zentraler Zusammenhang.

Haben Sie irgendeinen Politiker gehört, der das schon mal gesagt hätte? Irgendeiner in Österreich, in Deutschland, sonstwo? G-20 Gipfel in London, haben die gesagt: „Wetten sind unproduktiv, wir wollen nicht, dass unsere Banken im großen Stil wetten. Wir wollen nicht, dass unsere Banken im großen Stil eigene Geschäfte machen, neben den Geschäften, die sie für die Kunden machen. Wir wollen nicht, dass sie den Kunden erzählen, sie könnten 20-25% Erträge erwirtschaften“. Die *kann* man nämlich nicht erwirtschaften. Wenn wir gut sind, dann erwirtschaftet unsere Wirtschaft vielleicht. real 2% oder 2 ½, das ist der Produktivitätsfortschritt. Und wenn wir den allen Menschen geben, so wie ich das vorhin gesagt habe, dann sind wir richtig gut. Dann haben wir nämlich die Chance, das auch noch, in Englisch sagt man sustainable, nachhaltig, zu machen. Wenn wir dann von den 2 ½% auch noch Umweltschutz bezahlen oder Klimaschutz, dann sind wir besonders gut, dann ist es nämlich wirklich nachhaltig, dann ist es auch nicht nur für die Menschen nachhaltig, sondern es ist auch für die Natur nachhaltig, für unser Überleben nachhaltig. Haben Sie irgendeinen Politiker gehört, der nach der Finanzkrise das gesagt hätte, 2 ½% könnte er haben? Welcher Politiker ist auf die Barrikaden gegangen, als Herr Ackermann vor drei Wochen schon wieder gesagt hat, er würde 25% verdienen? Wo kommen die 25% der Deutschen Bank her? Aus Wetten. Es gibt für keine Bank dieser Welt, unter normalen Umständen, wenn sie nicht ein Monopol hat, wenn sie nicht die Menschen ausbeutet oder sonst irgendetwas Verrücktes tut oder Glück hat, 25%, auch nicht auf die Eigenkapitalrendite. Weil am Ende, gesamtwirtschaftlich, gibt es auch keinen Unterschied zwischen Eigen- und Fremdkapital.

Gesamtwirtschaftlich gibt es nur Kapital. Auch das ist schon Unsinn, diese Eigenkapitalrendite und die Fremdkapitalrendite. Es gibt immer 2%, wenn wir sehr gut sind. Dieses Jahr gibt es minus sechs oder minus sieben. Und darauf müssen wir uns einstellen, wir müssen wieder anfangen zu begreifen, dass man nicht über Nacht reich werden kann. Doch, ein Einzelner kann reich werden. Ein Einzelner kann reich werden, indem er ins Wettbüro geht und Glück hat. Natürlich. Aber die Volkswirtschaft als Ganzes kann das nicht. Und zwingend nicht. Nicht nur, weil sie kein Glück hat, sondern die Volkswirtschaft als Ganze, die Welt als Ganzes, für die gibt es kein Wettbüro, in dem sie reich werden könnte.

Und das ist genau der Fehler, der zu dieser Krise geführt hat, dass wir nämlich so unendlich vielen Menschen auf der Welt eingeredet haben, sie müssten alle nur ins Wettbüro strömen, und dann würden sie gewaltige Renditen erzielen. Und das haben die auch noch mit Schulden gemacht, das heißt nix anderes, als wenn wir alle auch noch mit 100.000 Euro Schulden in das Wettbüro gehen, und dann noch mit Schulden spielen. Da kommt nämlich auch nichts raus. Immer noch bleibt das Ergebnis genau gleich Null. Nur, das Dumme ist, dass wir dann einen unglaublich hohen Schuldenberg haben, den wir mit uns rumtragen und der jetzt ganz gewaltig zu Buche schlägt. Warum? Weil, wenn wir dann versuchen, die überhöhten Schulden, unsere Überschuldung abzubauen, wir dann natürlich feststellen, was gesamtwirtschaftlich gilt. Gesamtwirtschaftlich gilt nämlich, wenn zu viele Menschen überschuldet sind, dann haben sie keine Möglichkeit, sich selbst aus dem Sumpf zu ziehen. Warum nicht? Weil sie nur drei Möglichkeiten haben:

- Sie können ihre noch vorhandenen, werthaltigen Papiere abstoßen, dann sinkt aber der Preis dieser Papiere dummerweise gesamtwirtschaftlich so weit, dass da nichts übrigbleibt.
- Sie können Bankrott anmelden, dann trägt aber die Last jemand anderes, die Bank oder der Staat.
- Oder aber sie können Ausgaben kürzen, das ist das, was Sie jetzt tun.

Wenn Sie die Ausgaben kürzen, leidet aber die reale Wirtschaft, dann leiden die Arbeitnehmer und dann geht es auch weiter in den Keller. Für die Gesamtwirtschaft gibt es keine Möglichkeit, sich aus diesem

Sumpf, in dem sie sich durch das Wetten hineinbegeben hat, zu befreien. Es gibt keine Möglichkeit, es ist wie im Sumpf, je mehr man strampelt, desto tiefer gerät man hinein. Es kann nur jemand von außen, der auf festem Grund steht, mit einer langen Stange, die im Sumpf Strampelnden retten. Und das ist nach Lage der Dinge nun mal der Staat. Es gibt keine anderen Agenten auf dieser Welt, es gibt nicht den Mars und die Venus, die uns retten, sondern es gibt nur den Staat, in allen Ländern.

Und deswegen stoßen hier wieder so viele Ökonomen an ihre Grenzen. Weil sie an dem Punkt ja sofort aufhören zu denken. Sobald der Staat ins Spiel kommt, hören sie auf zu denken, und dann fangen sie an, von Inflationen zu faseln von Währungsreformen und Generationenungerechtigkeit und all diesem Quatsch, statt zu sagen: „Wodurch sind wir denn in den Sumpf geraten? Wodurch hat es denn diese private Schuldendeflation gegeben, die uns in eine Tiefe reißt, die wir vorher noch nie gesehen haben?“ Seit 80 Jahren jedenfalls nicht. Und statt zu fragen, „Was ist denn der Weg, wenn nicht der Staat jetzt eine Schuldeninflation, aber nicht eine wirkliche Inflation, einen Schuldenanstieg akzeptiert? Wo endet dann diese Wirtschaft?“ Sie endet im Nichts. Es bleibt nichts übrig. Es gibt keine Selbststabilisierung des Systems, es gibt nur die Notfallmaßnahmen des Staates in einer solchen Situation, die uns retten können. Und da mögen die Ökonomen behaupten, was sie wollen, mit ihren ganzen Modellchen und Effekten, die Ökonomen haben etwa 25 Effekte entdeckt, die die Wirtschaft stabilisieren, das ist alles Quatsch. Es gibt keine Selbststabilisierung des Systems, es gibt nur den Kollaps des Systems, wenn der Staat nicht massiv einschreitet.

Nun zu meinem letzten Punkt: Der Wettkampf der Nationen. Auch das ist ein wunderbares Beispiel. In Deutschland hat man sich, so zu Anfang der 80er Jahre, als der Keynesianismus zu Ende war, ein neues wirtschaftspolitisches Modell gesucht. Und die Sozialdemokraten genauso wie die Christdemokraten, da gibt's wieder keinen Unterschied zwischen den Parteien, oder die Liberalen, die waren alle dabei. Und was ist das einzige Modell, das einem einfällt, wenn man keinen Keynesianismus mehr hat, wenn man sagt, wir können uns jetzt sozusagen die Teilhabe der Menschen am Produktivitätsfortschritt nicht mehr leisten, weil wir in der globalisierten Welt bedroht sind von anonymen Mächten und den schrecklichen Chinesen, die uns bedrängen, was müssen wir tun? Nun, wir müssen den Gürtel enger schnallen, das ist immer das einzige, was übrigbleibt. Weil die gesamte neoklassische Lehre ist so aufgebaut. Die neoklassische Lehre ist ja so aufgebaut, sie kann keine wirtschaftliche Dynamik erklären, lesen Sie mal bei Schumpeter nach, der hat das wunderbar beschrieben, die kann sie nicht erklären, sie will sie auch gar nicht erklären. Das ist ja das Irre, die Neoklassik will überhaupt nicht erklären, warum eine Wirtschaft sich entwickelt, warum eine Wirtschaft Dynamik entwickelt. Sie will nur erklären, wie, wenn das alles statisch ist, über 100 Jahre alles immer konstant ist, wie sich dann die Preise einpendeln, wenn man alle Märkte in totaler Freiheit lässt. Aber wie sich eine Wirtschaft entwickelt, kann sie nicht erklären. Und deswegen ist sie auch jedes Mal vollkommen hilflos, wenn sie etwas dafür tun soll und einen Beitrag dazu leisten soll, wie jetzt, wie man ein neues Konzept nach dem Ende des Keynesianismus entwickelt. Was ist das neue Konzept gewesen? Natürlich logischerweise nur: Gürtel enger schnallen. Jedenfalls wir, auf dieser Seite des Atlantiks, die anderen, die Amerikaner sollten ruhig Geld ausgeben, aber hier, auf dieser Seite, wollten wir doch solide sein und den Gürtel enger schnallen.

Das haben wir dann getan, und was haben wir dann erreicht? Nun, wir haben gesiegt im Wettkampf der Nationen. In Deutschland wurde dieser Sieg nur ganz kurz unterbrochen, von der deutschen Vereinigung, als wir diese faulen und überteuerten Ostler dazu genommen haben und dadurch der deutsche Leistungswille für kurze Zeit beeinträchtigt wurde. Aber Rot-Grün hat das dann schnell wieder aufgeholt, hat dann ordentlich Gas gegeben im Gürtel-enger-Schnallen und hat das schnell wieder bereinigt, sodass Deutschland dann wieder wie Phoenix aus der Asche 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007 einen irren Exportüberschuss, Leistungsbilanzüberschuss in die Welt gesetzt, und der Welt gezeigt hat, was ein deutscher Exporterfolg ist.

Warum wollen wir im Wettkampf der Nationen siegen? Denn was passiert, ist ja völlig einfach. Was passiert, ist: Wir Deutschen exportieren unsere guten Porsches und Mercedes in die USA. Die kaufen sie, aber wie kaufen sie die denn, wenn wir einen Exportüberschuss erzielen? Nun, zu einem erheblichen Teil

kaufen sie die jedenfalls auf Pump. Und das ist das, was passiert ist. Denn der Erfolg der deutschen Exportindustrie war nicht der Erfolg dessen, dass wir Exportweltmeister *und* Importweltmeister zugleich gewesen sind, nein, wir sind *nur* Exportweltmeister und Importe so wenig wie möglich. Der Überschuss war das, was die deutsche Wirtschaft in den letzten vier, fünf Jahren angetrieben hat, was übrigens auch die japanische Wirtschaft angetrieben hat in den Jahren, bevor sie zusammengebrochen ist. Was Deutschland auch in den 80er Jahren angetrieben hat, war *nur* die Schaffung von Überschüssen, das heißt: Produktion, die in den Rest der Welt verschifft wurde und natürlich wettbewerbsfähig war, natürlich leicht absetzbar war, aber leider nicht gedeckt durch echte Gegengeschäfte, sondern natürlich durch Schulden. Und was passiert dann, wenn ein Land immer mehr Schulden gegenüber dem Ausland aufbaut? Nun, dann kommt wieder Herr Keynes. Das ist ein Problem, das Herr Keynes schon vor über 80 Jahren analysiert hat. Dann kommt nämlich die Frage: „Ja, wie kann denn jetzt ein Land, das über Jahre, wie die USA, riesige Defizite hatte, also immer zu viel importiert und zu wenig exportiert hat, wie kann denn dieses Land jemals seine Schulden zurückzahlen?“ Das ist doch unsere Lieblingsfrage beim Staat immer, wie können die Schulden jemals wieder zurückbezahlt werden? Wie kann ein Land seine Schulden zurückbezahlen? Nun, nur dadurch, und ich will immer noch dazu sagen, das ist ja auch noch überhöht worden, das Ganze, dieses Schuldenmachen der Anderen und das Überschussproduzieren bei uns durch Reformen wie die Rentenreform, wie die Riester-Reform, die, wo man gesagt hat, ja, weil wir altern, müssen wir jetzt Länder dieser Welt finden, die sich verjüngen, und die dann unsere Güter jetzt aufnehmen und dann in 30 Jahren das schön geordnet wieder zurückbezahlen, also dann ihre Schulden abbauen, und wir dann von den Erträgen sozusagen dessen leben, was wir da aufgebaut haben die ganzen Jahre, über 30 Jahre. Warum funktioniert das nicht so? Nun, das hat, wie gesagt, Herr Keynes schon ganz genau gewusst. Der hat nämlich das deutsche Reparationsproblem analysiert und diskutiert.

Und der Grund, warum Schulden niemals zurückbezahlt werden können, ist ganz einfach; warum auch die Entwicklungsländer sich so schwer tun, ihr Schulden zurückzubezahlen gegenüber den Industrieländern, warum ist das so? Der Grund, auf eine Formel gebracht ist, dass die Gläubigerländer, also wir Deutsche und auch die Österreicher, die haben auch noch einen Überschuss, Schweizer haben auch hohe Überschüsse, dass wir verhindern, dass die Schulden zurückbezahlt werden. Wir verhindern es selbst, dass die Schulden zurückbezahlt werden. Und wodurch verhindern wir das? Dadurch, dass wir immer, für alle Zeiten, Wettkampf der Nationen machen. Nämlich, die einzige Art, wie die anderen Länder die Schulden zurückbezahlen können, ist, indem sie selbst Überschüsse machen und wir dann Defizite hinnehmen. Für 20, 30 Jahre, das muss man sich einmal vorstellen, müssten wir dann Defizite hinnehmen, die anderen würden die ganze Zeit Überschüsse machen, da könnten Sie Ihre Schulden zurückbezahlen. Aber das können wir ja nicht zulassen, weil wir immer Wettkampf der Nationen machen und immer Export-, nicht nur Exportweltmeister, sondern Exportüberschussweltmeister sein wollen. Frau Merkel hat jetzt gerade letzte Woche erst gesagt: „Am deutschen Wirtschaftsmodell wird sich nichts ändern – wir sind Exportnation.“ Aber sie hat natürlich nicht gemeint Exportnation, sondern Exportüberschussnation, hat sie gemeint. Den Unterschied hat sie vielleicht noch nicht verstanden.

Aber das ist das, worum es geht. Denn man kann natürlich die Wirtschaft auch nur vorantreiben durch Exportüberschüsse, aber eben nur eine Zeit, weil dann irgendwann eben die Anderen zu hohe Defizite haben, dann stößt man an Grenzen. Deswegen geht das nicht. Und weil die Überschussnationen die Defizitnationen in ihrem Bestreben, die Schulden zurückzuzahlen, systematisch blockieren, kriegen sie die Schulden nie zurück. Und deswegen muss man die Schulden irgendwann dann vergeben, man muss sie erlassen. Man tut das bei den Entwicklungsländern ab und zu, man muss sie aber immer erlassen, das ist das Irre. Solange die Konstellation so ist, dass man selbst Standortwettbewerb betreibt, muss man die Schulden immer erlassen. Oder aber sie gehen einfach verloren, wie jetzt in der Finanzkrise. Wenn die anderen nichts mehr haben und nichts mehr zahlen, sind sie auch weg, unsere schönen Überschüsse. Wenn die anderen damit Mist gemacht haben, wenn die damit gewettet haben mit unserem schönen Geld, das wir da hin exportiert haben, wenn sie Häuser gebaut haben, die sie nicht bezahlen können, dann ist das schöne Geld leider auch weg. Dann kriegt man auch nix davon. Das nennt man dann Bankenverluste im internationalen Wettbewerb, und der muss dann vom Staat wieder ausgeglichen werden.

Also auch da haben wir einen ganz fundamentalen Fehler in unserem Denken. Wiederum die einzige Art, wie wir erfolgreich, wie eine Marktwirtschaft, eine Geldwirtschaft, eine von Geld vorangetriebene Wirtschaft erfolgreich sein kann, ist, dass sie alle ihre Menschen am Produktivitätsfortschritt beteiligt. Gürtel enger schnallen zu Lasten anderer Nationen, Gürtel enger schnallen, alles das funktioniert niemals. Es funktioniert eine Zeit, es funktioniert fünf Jahre, es funktioniert vielleicht zehn Jahre, aber es funktioniert niemals auf Dauer. Sondern auf Dauer kann nur funktionieren, dass wir unsere Bürger am Produktivitätsfortschritt beteiligen. Und auf Dauer kann dann auch nur funktionieren, dass wir unseren Bürgern auch noch erklären, dass sie von den 2 ½% vielleicht noch 1% pro Jahr für Dinge aufwenden müssen, für die sie bisher nicht aufgewandt haben, nämlich vielleicht für Klimaschutz. Oder für andere Dinge zur Bewahrung der natürlichen Ordnung sozusagen. Dann bleiben 1 ½%. Das ist nicht viel. Aber 1 ½% hat in den letzten Jahren niemand bekommen. Auch in Österreich nicht. In Deutschland jedenfalls nicht.

Und da müssen wir wieder hin, wir müssen wieder eine Welt kreieren sozusagen oder wieder zurückfinden zu einer Welt, die man keynesianisch nennen kann, eine Welt, in der wir darüber nachdenken, was einzelwirtschaftlich vernünftig ist, und in der wir aber auch darüber nachdenken, was gesamtwirtschaftlich vernünftig ist. Und erst, wenn wir das tun, werden wir die Finanzkrise überwinden, und erst, wenn wir das tun, werden wir auch alle übrigen Krisen überwinden. Und vor allem die Krise der Politik. Ich sehe eine gewaltige Krise der Politik. Warum haben wir diese Krise der Politik? Es gibt viele kluge Analysten, die das hin und her analysieren, sie vernachlässigen aber meist einen zentralen Punkt, und das ist die Bedeutung der Wirtschaft: Wir haben keine Partei, ich sag das jetzt mal so brutal, weder in Österreich, noch in Deutschland, noch in der Schweiz, noch in Frankreich, noch in England, in der es eine kritische Masse von Menschen gibt, die so viel von Gesamtwirtschaft verstehen, dass sie uns aus einer solchen Krise herausführen könnten. Und solange das so ist, werden wir eine irrsinnige Frustration bei den Wählern erleben, und wir erleben sie ja schon: 1998, als ich in eine sozialdemokratische, in eine rot-grüne Regierung eingetreten bin, waren elf von fünfzehn Regierungen in Europa sozialdemokratisch, elf von fünfzehn. Heute sind es, ich weiß nicht, vielleicht eine noch, oder zwei. Die Sozialdemokraten haben es systematisch versaut. Und warum haben sie es systematisch versaut? Nun, der zentrale Punkt in meinen Augen ist, weil sie die Gesamtwirtschaft auch nicht in Ansätzen verstanden haben. Weil sie sich diesem neoliberalen, neoklassischen Weltbild an den Hals gehängt haben, ohne eine Sekunde darüber nachzudenken, was sie sich damit antun, wenn sie einem Slogan folgen wie *Sozial ist, was Arbeit schafft*. Umgekehrt ist richtig. Teilhabergesellschaft brauchen wir, wir brauchen eine Gesellschaft aller, die wieder zur Teilhabergesellschaft wird. Und das heißt dann eben *Was sozial ist, schafft Arbeit*. Vielen Dank.

Robert Misik:

Herr Flassbeck, herzlichen Dank für diesen beeindruckenden Vortrag, der ja nicht nur stringent war und überzeugend, nein, er war auch noch stringent und überzeugend ohne Manuskript, wie macht der das nur? Das löst Bewunderung aus, Wir machen das hier immer so, dass ich am Anfang ein paar Fragen stelle oder Anmerkungen mache, bevor dann das Publikum auch die Gelegenheit hat, mit Ihnen ins Gespräch zu treten. Und ich fange jetzt mal so an, weniger jetzt die advocatus diaboli-Frage, sondern nochmals die Nachfrage, um das klar zu machen. Wir, sagen wir jetzt mal so, im weitesten Sinne, wir gute Menschen, oder wir Sozialdemokraten, oder wir Linke, oder wir Fortschrittliche, wer auch immer, finden ja höhere Löhne, Beteiligung der einfachen Leute am gesellschaftlichen Reichtum, ist gerecht. Aber, es ist nicht nur gerecht, es ist auch nützlich.

Heiner Flassbeck:

Genau.

Robert Misik:

Und zwar sogar für die Reichen.

Heiner Flassbeck:

Genau. Lassen Sie mich das jetzt vielleicht noch einmal ein bisschen verdeutlichen, das klingt ja überraschend, aber es ist wirklich so. Das System funktioniert so, dass dann, wenn man alle Menschen in der Weise, wie ich das beschrieben habe, am Produktivitätsfortschritt beteiligt, auch die Unternehmer am Ende besser dastehen. Die Unternehmer glauben das nicht oder haben das in Deutschland zum Beispiel nicht geglaubt, obwohl die Binnennachfrage eine Katastrophe war in den letzten 5 Jahren, weil sie sich eine Zeitlang durch Exporterfolge retten konnten. Jetzt sind diese Exporterfolge aber weg. Ganz Osteuropa ist zusammengebrochen, die Währungen werteten ab, da wird Deutschland in den nächsten Jahren nichts exportieren. In den USA steigt die Sparquote wieder auf normales Niveau von sieben, acht Prozent, da wird nichts passieren. Das deutsche Exportmodell ist tot. Mit diesem Exportmodell ist aber das gesamte Modell gestorben, das heißt, per saldo kann man sicher davon ausgehen, dass auch die Unternehmer jetzt verloren haben. Was am Anfang so gut aussah, führt jetzt dazu, dass auch die Unternehmer per saldo verloren haben. Im Vergleich zu einer Situation, wo ja von Anfang an - wir hätten ja nicht nichts exportiert, wir hätten ja auch dann exportiert, wenn alle Menschen, alle Arbeitnehmer, alle Rentner, wenn alle am Produktivitätsfortschritt beteiligt worden wären -dann hätten wir nämlich eine durchaus dynamische Binnennachfrage gehabt, denn in Deutschland steigt die Produktivität zwei, zweieinhalb Prozent, die wäre vielleicht noch mehr gestiegen, wir hätten ja auch mehr investiert, das heißt, es ist eben nicht ein Nullsummenspiel, sondern es wäre ein positives Summenspiel für alle gewesen. Aber wir haben uns darauf geeinigt, auf diese neoklassische Verteilungstheorie, und die läuft nun mal darauf hinaus, dass man umverteilen muss, erst in die eine Richtung, damit man am Ende in irgendeinem Nirvana-Zustand gesamtwirtschaftlich erfolgreich ist. Das ist nicht so.

Robert Misik:

Und jetzt in der Krise? Es ist sehr plausibel, dass es besser gewesen wäre, wenn die Löhne in den letzten Jahren so jährlich um 1½ bis 2% gestiegen wären, aber jetzt in der Krise ist das natürlich anders, die Unternehmen haben ja Einkommensausfälle, ihre Kosten bleiben kurzfristig gleich, es sei denn, sie kündigen Leute. Das heißt, ihre Kosten steigen im Verhältnis zu ihren Einnahmen. Da kann es natürlich, im Einzelfall und vielleicht in mehreren Einzelfällen, durchaus nicht nur plausibel, sondern notwendig sein, zu sagen ich *muss* die Kosten senken. Im Allgemeinen hat das dann natürlich eine krisenverstärkende Funktion, aber wie kann ich diesen einzelnen Unternehmer, der vielleicht bankrott geht, wenn seine Kosten 5% höher bleiben in der Situation, überzeugen?

Heiner Flassbeck:

Aber es geht auf jeden Fall einer bankrott, darüber müssen wir uns im Klaren sein, es geht auf jeden Fall einer bankrott. Der Daimler-Fall, das war eben mein Beispiel: die 300 Millionen, die Daimler spart, die fallen wo anders als höhere Verluste an. Dann fängt das wieder an, Stellenstreichungen, Lohnkürzungen und was weiß ich, dann trifft das wen anderen. Dem ist nicht zu entkommen in der Gesamtwirtschaft. Es gibt keinen stabilisierenden Faktor außer dem Staat. Es gibt keinen stabilisierenden Faktor, weil alle der gleichen Logik unterworfen sind. Und das müssen wir einfach sehen, das ist furchtbar simpel, das ist immer unser Kino-Beispiel: Alle stehen auf, oder einer steht auf. Das ist jetzt ganz brutal, wenn der Staat zulässt, dass alle Unternehmen das einzelwirtschaftlich Vernünftige machen, nämlich Kosten zu senken, kommt mein Gesamtergebnis raus, was ich vorhin sagte: 37 Milliarden bei der deutschen Industrie, 110 Milliarden Extra zusätzliches Minus, wenn wir es für die Gesamtwirtschaft machen. Das muss man sich vorstellen, daran wird nichts besser. Einzige Möglichkeit, die man hat, ist wiederum, gesamtwirtschaftlich zu denken, zu wissen, was da passieren kann, welche Lawine, welche Deflationsgefahr da auf uns zukommt, eine unglaubliche Deflationsgefahr, und gesamtwirtschaftlich aufzustehen. Frau Merkel, der österreichische Bundeskanzler, alle anderen, Sarkozy, die müssten alle aufstehen und sagen: „Hört auf! Hört auf damit, es führt in die Irre! Wir sind bereit, noch mehr zu tun, ja, wir sind bereit, noch mehr zu tun, noch mehr die Nachfrage zu stabilisieren, wenn ihr damit aufhört, euch gegenseitig Verluste zuzuschieben, um damit das gesamte Debakel umso größer zu machen.“ Das ist der einzige Weg, es gibt keinen anderen.

Robert Misik:

Das heißt, der Staat muss, um diese Kostenexplosion auf Seiten der Unternehmen auszugleichen, den Einnahmehausfall ausgleichen?

Heiner Flassbeck:

Ja. Wenn Daimler, statt die Löhne für 70.000 Menschen um 10% zu kürzen und die Arbeitszeit um 10% zu kürzen, 10% seiner Belegschaft hinausgeworfen hätte, und der Staat hätte diesen 10% 80% ihres vorherigen Lohnes gegeben, stünden wir gesamtwirtschaftlich besser da. Das klingt furchtbar brutal, aber das ist die Logik, wir stünden besser da, weil wir dann wenigstens für 80% dieser ausgefallenen Lohnsumme eine Kompensation hätten. Sonst haben wir die überhaupt nicht.

Robert Misik:

Kann der Staat das, diese dramatischen Nachfrageausfälle, die wir jetzt offenbar haben, geht das? Viele Ökonomen sagen ja, was da jetzt passiert, diese Ausweitung der staatlichen Wirtschaftstätigkeit haben wir ja schon, ist aber, also wenn man Krugman rechnet, immerfort, wie gering der Prozentsatz des Ausgleichs eigentlich ist in Relation zu dieser Nachfrageausfall.

Heiner Flassbeck:

Ja, der Staat wird nicht alles ausgleichen, wir werden mit 10% weniger Einkommen insgesamt in der Welt enden, wenn's gut geht. Wenn's gut geht, haben wir alle am Ende 10% weniger Einkommen, wenn es schlecht geht, haben wir 20% weniger. Aber der Staat kann natürlich einen Teil ausgleichen, aber er tut es im Moment noch nicht. In Deutschland ist das, was passiert, absolut lächerlich im Vergleich zur Dimension der Krise. Also das, was dageengehalten wird. Weil wir wieder diese verrückte Situation haben, dass der Bundesstaat zwar Konjunkturprogramme macht, beschließt, die sich gewaltig anhören, aber dass auf der Ebene der Gemeinde und der Länder gespart wird auf Teufel komm raus. Die machen eine Haushaltssperre nach der anderen, das heißt aber, dass ein Großteil dessen, was der Bund hineingibt, wird dort wieder weggespart, oder sie nehmen die Mittel des Bundes und geben dafür keine eigenen aus, weil sie sich zum Teil gar nicht verschulden dürfen. Und jetzt schon im Vorgriff auf die Schuldenbremse, die man in Deutschland in die Verfassung geschrieben hat, werden das dann die Länder und alle übrigen und der Bund auch tun.

Sobald also ein kleines Fünkchen Hoffnung am Konjunkturhimmel erscheint, werden die alle massiv auf die Bremse treten. Und dann werden wir so enden wie die Japaner. Die Japaner haben, nachdem ihre Blase geplatzt ist Ende der 80er Jahre, 15 Jahre Stagnation gehabt, Deflation und die staatliche Verschuldung, weil sie niemals konsequent dageengehalten haben, sondern immer nur ein klein bisschen, und schnell wieder gebremst haben. So ist die staatliche Verschuldung in Japan gestiegen, von 50%, gemessen am BIP, auf 190% mittlerweile. 190. Österreich ist jetzt bei 50, Deutschland bei 60. Alle Länder werden jetzt 20, 30% zusätzliche Staatsverschuldung, in ein paar Jahren haben, gemessen am BIP. Wenn's gut geht. Wenn's gut geht, nur wenn's gut geht. Wenn's schlecht geht, dann werden wir alle so enden wie die Japaner, Übrigens, davon geht die Welt auch nicht unter. Da werden auch die zukünftigen Generationen nicht systematisch dadurch verarmen, sondern es ist nur eine gewaltige zusätzliche Zinsbelastung für den Staat, aber die Zinsen kriegt ja irgendjemand, also es halten dann viel mehr Leute als vorher staatliche Anleihen. Die werden übrigens auch vererbt, die Anleihen werden vererbt, also die Forderungen werden vererbt und die Schulden werden auch vererbt, insofern ändert das an der Generationenfrage nichts. Aber natürlich wird der staatliche Spielraum für normale Ausgaben deutlich geringer, das ist gar keine Frage, und wir müssen nur fragen: „Wer hat uns das eingebrockt?“ Die Frage wird ja jetzt vergessen, die wird so geflissentlich übergangen, es wird übrigens auch nicht gefragt, was ja auch interessant ist: „Was ist eigentlich die Ursache dieser Krise gewesen?“ Haben Sie mal einen Politiker gehört, der das wirklich gefragt hat? Ich meine, wenn irgendwo ein Unfall passiert, oder ein Haus zusammenbricht oder so, da wird akribisch untersucht: Was ist eigentlich passiert? Was war die Ursache dessen?

Gibt es irgendwo jemanden, der fragt: „Was war denn eigentlich die Ursache dieser gewaltigen Krise?“ Praktisch überhaupt nicht. Außer, dass die amerikanische Geldpolitik so lax war, sagt Frau Merkel, oder, dass die Welt über ihre Verhältnisse gelebt hat, was besonders putzig ist, sagt auch Frau Merkel. Gibt es

irgendwo in einem Land eine Untersuchungskommission, mit den hervorragendsten Wissenschaftlern, mit den besten Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Richtungen, die nur mit dem einen Ziel zusammengesetzt wurden, nämlich herauszufinden, was die Ursache dieses Crashes war. Gibt's das irgendwo, in Österreich? Nichts. Fehlanzeige. Ja, wie kann das sein? Ist das normal? Die Politiker sagen: „Jetzt schieben wir den Schutt zur Seite, dann geht's wieder aufwärts, dann machen wir so weiter wie vorher, das war's. Wupp, aus.“ Das ist Demokratie.

Robert Misik:

Jetzt stell ich noch zwei Fragen, die, glaub ich, auch für uns wichtig sind. Nämlich die Neoliberalen, oder Marktfundamentalisten, wie man sie nennen mag, die sind ja relativ still jetzt, aber ganz still sind sie nicht. Und die bringen dann, wenn man sich das ansieht, die Ausweitung der staatlichen Wirtschaftstätigkeit, die Steigerungen an Staatsverschuldung, der Staat muss mehr Geld aus den Kapitalmärkten aufnehmen, eine Reihe von Argumenten, die da heißen: „Passt's auf, das ist sehr gefährlich.“ Was antworten wir denen? Ich kenn mich da nicht so aus, aber Sie kennen sich da sicher gut aus, wenn die jetzt zum Beispiel sagen: „Staatliche Wirtschaftstätigkeit, Ausweitung der Staatsverschuldung verdrängt private Investitionen.“

Heiner Flassbeck:

Es wird auf die nächsten zehn Jahre keine privaten Investitionen geben. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie ist unter 75%. Da wird es in den nächsten Jahren keine privaten Investitionen geben. Wer redet denn von privater Investitionstätigkeit, das ist lächerlich. Das ist absolut lächerlich. Es wird einfach keine geben. Weil die Kapazitäten sind da, die sind leer, die sind nicht ausgelastet. Wir können auch nicht glauben, dass jetzt eine neue Investitionswelle beginnt, es wird eben keine Investitionswelle geben. Es wird auch keine Konsumwelle geben. Es wird auch keine Exportwelle geben. Und weil es alle diese Wellen nicht gibt, wird die deutsche Wirtschaft und die österreichische Wirtschaft im besten Fall stagnieren, wenn wir Glück haben, werden sie stagnieren. Wenn wir nicht viel mehr tun, wiederum von Seiten des Staates. Der Staat muss jetzt eine Schwelle überspringen, die unglaublich groß ist. Nur, das hat von unseren Politikern noch kein einziger kapiert, wie groß diese Schwelle ist, die es zu überspringen gilt, weil die Kapazitätsauslastung so historisch niedrig ist, dass wir wieder überhaupt in eine Situation kommen, wo Private bereit wären, in einem Maße zu investieren, von dem man sich ernstlich erhoffen könnte, die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen. Investitionen sind tot im Moment. Desinvestition ist das Gebot der Stunde. Nur, Sie sehen, an dieser Frage und an der Diskussion darüber, dass die Dimensionen des Problems überhaupt nicht verstanden wurden. Alle tun so, als hätte es eine kleine Rezession gegeben. Eine Rezession wie immer, da schrumpft man sich gesund und dann geht's irgendwie von alleine wieder aufwärts. Ein gewaltiger Irrtum. Es gibt einen Einbruch historischen Ausmaßes. Es gab diese Woche in mehreren englischsprachigen Zeitungen den Versuch, diese Weltrezession zu vergleichen mit der Weltrezession von 1929/1930, und was zeigt sich? Bis jetzt, nach 10, 12 Monaten ist diese Rezession schlimmer als 1929/1930, nicht weniger. Und es gibt nichts, was dafür spricht, dass es sich ganz schnell wieder umdreht. Gut, die Regierungen insgesamt haben ein bisschen mehr gemacht, die Geldpolitik insgesamt hat richtiger reagiert als damals, aber ich fürchte, diese Lohndeflation, die wir jetzt bekommen, wird ein so großes Loch reißen, dass die staatlichen Maßnahmen dagegen sehr klein sind.

Robert Misik:

Ein zweites Argument, damit bin ich dann bei meiner letzten Frage, das jetzt sehr modisch wird, ist, angesichts dieser Ausweitung staatlicher Wirtschaftstätigkeit, Verschuldung auf 100%, droht jetzt Inflation, Hyperinflation? Droht die wirklich, droht sie nicht, ist das so schlimm?

Heiner Flassbeck:

Die springt jetzt aus dem Busch. Ich sag immer: Man legt Geld vor den Busch und dann springt hinten aus dem Busch die Inflation, einfach so, schwupp, ist die Inflation da! Da gilt nichts mehr, da gelten keine Regeln mehr, da hat jeder diese Riesengeldmenge vor Augen, und dann, puff, gibt's die Inflation. Einfach so. Das ist vollkommener Unsinn. Es wird, das Gegenteil ist die Gefahr, Deflation geben. Es wird keine Inflation geben, die Japaner haben mehr Geld als irgendjemand sich vorstellen kann, an Geldmenge, Liquidität, zur Verfügung gestellt, und was ist passiert? Sie sind aus ihrer Deflation niemals rausgekommen.

Warum sind sie nicht rausgekommen? Weil sie die ganze Zeit Lohndeflation haben, solange man Lohndeflation hat, kommt man nicht raus. Aber es geht in diese Richtung, und das heißt, es wird in der nächsten Zeit erst mal nichts passieren. Wenn Sie die Überschriften in den deutschen Gazetten in den letzten Wochen ansehen, die waren wirklich unglaublich klasse. „Die amerikanische Inflation ist gesunken“, stand da. „Die amerikanische Inflation auf dem Tiefststand.“ Die amerikanische Inflation gab es nicht mehr, es war Deflation. Die amerikanischen Preise sind gesunken, ja. Aber sie schrieben alle hin: „Inflationsrückgang“. Es war Deflation! Es war ein Rückgang der Preise, der mit Inflation überhaupt nichts mehr zu tun hat. Und wir werden, bei uns sieht man das auch, in Deutschland haben sie auch schon geschrieben: „Inflationsminus historisch“ oder so irgendwie. Es hat mit Inflation nichts zu tun, es ist der Weg in die Deflation. Und die Inflation kommt immer nur durch zwei Gründe, es gibt auf dieser Welt nur zwei Gründe, warum es Inflation gibt: nicht, weil zu viel Geld irgendwo da ist, weil wir gar nicht wissen, was dieses Geld bedeutet, denn wir wissen ja nicht, wie viel von diesem Geld effektiv verwendet wird, erst, wenn wir zu viel Nachfrage haben, wenn wir eine stark steigende Nachfrage haben, wenn wir eine boomende Wirtschaft haben, dann kann am Ende Inflation rauskommen. Oder, wenn die Kosten, die Löhne so stark steigen, dass es von den Unternehmen nicht mehr anders abgefangen wird, dann kann es Inflation geben. Beides ist unendlich weit weg. Und deswegen ist dieses ganze Gerede von Inflation demagogisch und gefährlich. Weil es die Leute nämlich jetzt genau auf die falsche Fährte setzt, in dem Sinne: „Jetzt bloß nichts mehr tun, jetzt bloß keine Maßnahmen mehr, jetzt bloß nicht noch weiter Zinssenkung, jetzt bloß nicht mehr dagegenhalten, sondern jetzt geht das alles von alleine, und wenn wir jetzt noch mehr tun, dann droht die Hyperinflation und die Währungsreformen“, alles Quatsch.

Robert Misik:

Vielleicht sollte ich doch noch eine Frage stellen, nämlich sozusagen als Anwalt des ökonomischen Laien: Was ist so schlecht an Deflation? Also, man könnte ja als ganz dummer Laie finden, die Preise sinken, ist doch schön. Kann ich mir mehr leisten. Ok, Löhne sinken auch, wenn die Preise um 1% zurückgehen und die Löhne um 1%, nicht so schlimm, hab ich das Gleiche wie vorher. Was ist das Problem?

Heiner Flassbeck:

Das Problem ist, was ich vorhin gesagt habe, wenn Sie jetzt die Löhne in Deutschland um 10% senken, nominal, einfach die Löhne senken, dann haben Sie im nächsten Augenblick nicht nur Preissenkung, sondern dann haben Sie auch Nachfragesenkung, massive Nachfragesenkung. Das heißt, weitere Senkung der Kapazitätsauslastung, weiter keinerlei Investitionsanreiz für die Unternehmen, und im besten Fall höchstens gegenüber dem Ausland Kostensenkung, aber wenn das alle machen, bewirkt das wieder nichts. Also, Deflation ist, und deswegen meine Zahl von 110 Milliarden, wenn jetzt in Deutschland, in der Gesamtwirtschaft, die Löhne nach Daimler-Manier um 10% gesenkt werden und die Arbeitszeit um 10% gesenkt wird, dann fehlen in Deutschland von einer Minute auf die andere 110 Milliarden etwa, weil die Masseneinkommen in Deutschland 1200 Milliarden sind, und dann bedeutet das, dass die Wirtschaft nochmals eine Stufe tiefer sackt, nachdem sie eine solche Riesenstufe schon genommen hat, sackt sie noch eine Stufe tiefer. Und sonst passiert nichts.

Robert Misik:

Und wenn die Löhne gleich bleiben und die Preise sinken? So wie's ja im Moment in etwa ist? Dann ist das doch das, was Sie wollten, Reallohnsteigerung.

Heiner Flassbeck:

Ja, wenn das so zu begrenzen wäre, könnte man das ein Zeitlang hinnehmen, wenn das nur, sagen wir mal, Ölpreise wären oder welche, die für uns nicht unmittelbar problematisch sind, aber auch da müssen wir denken: weltweit bedeutet das auch wieder sinkende Preise für die Ölproduzenten, bedeutet weniger Einkommen bei denen. Sinkende Weizenpreise bedeuten weniger Einkommen der Bauern. Es ist auf diese Weise überhaupt kein Staat zu machen. Staat ist nicht zu machen über irgendwo sinkende Preise, und für uns temporär steigende Einkommen. Staat ist nur zu machen über Investitionen. Wir müssen es begreifen, es geht nur über produktive Investitionen, Investitionen in Sachkapital, und auf sonst keine Art und Weise. Es hat keiner eine andere Art und Weise erfunden, den Reichtum zu mehren und eine Wirtschaft auch nur

am Laufen zu halten als über Investitionen, und solche Investitionen brauchen Nachfrage, sie brauchen Konsum, sonst funktioniert es nicht. Und es gibt auf der Welt wirklich nichts anderes als Investitionen und Konsum, machen wir uns nichts vor. Export gibt es auf der Welt nicht, die Welt exportiert noch nicht, es gibt nur Investitionen und Konsum. Und deswegen müssen die Menschen beteiligt werden am Fortschritt, damit sie konsumieren können. Und wie gesagt, man kann das auch ökologisch alles abfedern, ist überhaupt kein Problem, weil das Geld ja dann wieder ausgegeben wird. Wenn ich Windkraftwerke baue, oder Solarkraftwerke, es ist alles völlig egal, das ist völlig in Ordnung, man kann dem die Richtung geben, die Richtung ändern, man kann das alles ändern, nur, man kann nicht das Grundgesetz dieser Wirtschaft ändern, das nämlich, solange sie Anreize setzen für Menschen, investiv zu arbeiten, etwas zu tun, etwas produktiver zu machen als vorher, solange müssen auch die Einkommen der anderen steigen, die diese Güter konsumieren sollen, oder in irgendeiner Weise verwenden sollen. Und wenn sie für die Natur eingesetzt werden, das ist vollkommen egal. Das kann man alles machen, aber man kann nicht diesen Grundzusammenhang aufheben. Und den haben wir versucht aufzuheben in den letzten 20 Jahren.

Robert Misik:

Gut, dann hab ich jetzt genug gefragt.